VORWORT

Eines der Grundprinzipien der Wiener Gesundheitspolitik ist die Gewährleistung des gleichen Zugangs zum Gesundheitssystem für alle Wienerinnen und Wiener unabhängig von Herkunft, Einkommen, Alter oder Geschlecht. Gesundheit und Krankheit sind jedoch keineswegs geschlechtsneutral. Frauen und Männer haben unterschiedliche medizinische Bedürfnisse und sind anderen psychosozialen Belastungen ausgesetzt.

Daher hat Wien als eine der ersten europäischen Städte die Anregung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgegriffen und seit Beginn der 1990er Jahre das Thema Frauengesundheit auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Im Jahr 1998 hat die Stadt Wien, als eine der ersten europäischen Städte, das Wiener Frauengesundheitsprogramm initiiert und seither zahlreiche Projekte zur Verbesserung von Prävention und gesundheitlicher Versorgung von Frauen in Wien durchgeführt. Das Programm für Frauengesundheit spannt den Bogen über alle Altersgruppen und über Problemfelder von psychischer Gesundheit bis zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge und Früherkennung. Die verschiedenen Angebote, wie beispielsweise das Wiener Brustkrebsvorsorgeprogramm, die Essstörungshotline, das Schwangereninfotelefon, Schulungen zu Gewaltprävention oder Herz-Kreislauf-Programme stehen den Wienerinnen ebenso zur Verfügung wie die mehrsprachigen Frauengesundheitszentren FEM und FEM Süd.

Der vorliegende Wiener Frauengesundheitsbericht 2006 blickt zurück auf diese Entwicklung, zeigt aber zugleich auch die Trends der für Frauen wesentlichen Gesundheitsindikatoren. Der Zusammenhang zwischen sozialer und gesundheitlicher Lage wird deutlich – und auch die besondere Betroffenheit von Frauen, wobei einigen Gruppen besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist, beispielsweise Alleinerzieherinnen, älteren Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund.

Die geschlechtssensible Gestaltung der Wiener Gesundheitspolitik ist mir ein besonderes Anliegen und wird auch zukünftig ein Schwerpunkt bleiben. Qualitätssicherung und Verbesserung stehen unter Berücksichtigung des Grundprinzips des uneingeschränkten Zuganges für alle Wienerinnen und Wiener im Mittelpunkt.

Mag.[a] Renate BRAUNER
Stadträtin für Gesundheit und Soziales